

einzige portugiesischsprachige Schule die Übergabe Macaus an China überlebt und hat jetzt 600 Schüler. Finanziert wird sie vom portugiesischen Erziehungsministerium und der Oriental Foundation, einem Treuhandvermögen. Die Schule muss weichen, weil sie zu einem Grundstück gehört, auf dem Stanley Hos Sociedade de Jogos de Macau (SJM) ihr Grand Lisboa Kasinohotel bauen will. Vor Pressevertretern bedankte sich Edmund Ho für Portugals Unterstützung des Forums für Wirtschafts- und Handelskooperation zwischen China und den portugiesischsprachigen Ländern, das im September in Macau zum zweiten Mal stattfindet. Der Regierungschef hatte Portugal bereits im Jahr 2000 und Belgien ein Jahr später besucht. (XNA, 18., 20., 24.6.06; www.blog.macau.info, 17., 20.6.06, Aufruf am 4.8.06; Government Information Bureau of the MSAR, www.gcs.gov.mo, 16., 19.6.06, Aufruf am 19.6.06; www.gcs.gov.mo, 22., 23.6.06, Aufruf am 26.6.06)

Taiwan

Hans-Wilm Schütte

Präsident Chen übergibt Teil seiner Macht an den Ministerpräsidenten

In Reaktion auf die ihn umgebenden Korruptionsaffären, die auch seine Familie betreffen (s. separate Dokumentationen in diesem Heft, vgl. C.a., 3/2006, S. 156-158), erklärte Präsident Chen Shui-bian am 31. Mai, ab sofort nur noch die ihm von der Verfassung zugewiesenen Aufgaben wahrneh-

men zu wollen und alles andere dem Ministerpräsidenten zu überlassen, mithin auf einen Großteil seiner politischen Machtausübung zu verzichten. Damit erhalte Ministerpräsident Su Tseng-chang (Su Zhenchang), wie Chen in seiner Erklärung betonte, freie Hand, die Regierungspolitik zu gestalten. Abgesehen von der Berufung des Ministerpräsidenten betrifft die verfassungsmäßige Kernkompetenz des Präsidenten vor allem die Vertretung Taiwans nach außen sowie die Verteidigung.

Die Opposition wertete Chens Entscheidung als taktisches Manöver, das ihm helfen solle, bis zum Ende seiner Amtszeit auf seinem Posten auszuharren. Der Schritt könnte sich aber auch als erster Teil eines Rücktritts auf Raten erweisen. Tatsächlich waren Präsident Chen und sein Büro seit dem Aufblähen der Affären im April kaum noch zu normaler politischer Arbeit in der Lage; zudem genießt Chen in der Bevölkerung keine nennenswerte Unterstützung mehr. Von Chens Teilrückzug aus der Politik profitiert Ministerpräsident Su, dessen Stellung sich im Verlaufe des Juni auch aus anderen Gründen weiter stärkte – vgl. die folgende Dokumentation. Su kann sich somit immer stärker als nächster Präsidentschaftskandidat der Regierungspartei profilieren. (CNAT, nach BBC PF, 31.6.06; SCMP, 1.6.06; ST, 2.6.06; WSJ, 2.6.06)

Opposition scheitert mit Antrag auf Amtsenthebung des Präsidenten

Im Zuge des umfangreichen Korruptions skandals, der die politische Führung des Lan-

des seit April beschäftigt und teilweise paralysiert (vgl. C.a., 3/2006, S. 156-158 sowie die Dokumentation weiter unten), kam es am 27. Juni im Parlament zum großen Showdown, als die Opposition einen Antrag einbrachte, der den Präsidenten aus seinem Amt entfernen sollte. Präsident Chen Shuibian hatte sich schon seit Wochen Rücktrittsforderungen gegenübergesehen. Im Vorfeld der parlamentarischen Abstimmung organisierte die Opposition zur Unterstützung ihres Anliegens zudem Demonstrationen und Kundgebungen ihrer Anhänger. Da gegen Chen persönlich jedoch keine Vorwürfe erhoben werden – sie betreffen Familienangehörige und Berater –, ging er auf die Rücktrittsforderungen nicht ein. Aus dem gleichen Grund ignorierte er auch die Aufforderung, sich im Hinblick auf die drohende Amtsenthebung gegenüber dem Parlament zu rechtfertigen; stattdessen wandte er sich in einer Fernsehansprache an die Öffentlichkeit.

Nach viertägiger Parlamentsdebatte fand die Abstimmung am 27. Juni statt – die erste derartige in der Geschichte des Landes. Da eine Zweidrittelmehrheit erforderlich war, die Opposition aber nur über die Hälfte der Stimmen verfügt, war mit einem Erfolg des Antrags nicht gerechnet worden. Tatsächlich stimmten nur 119 der 221 Abgeordneten für die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens, das als entscheidenden zweiten Schritt eine Volksabstimmung erfordert. Die Abgeordneten der Regierungspartei blieben der Abstimmung fern.

Hinsichtlich des weiteren Vorgehens ist die Opposition uneins. Die PFP, die sich in ihrem Kampf gegen die amtierenden

de Staatsspitze von niemandem überbieten lässt, möchte ein Misstrauensvotum gegen den Ministerpräsidenten nachschieben, das lediglich mindestens die Hälfte aller Parlamentarierstimmen erfordert. Im Falle eines Erfolges hätte Präsident Chen dann die Möglichkeit, das Parlament aufzulösen; entschiede er sich dafür, so die Hoffnung der PFP, würde die Regierungspartei DPP bei der fälligen Parlamentsneuwahl untergehen, und die derart gestärkte Opposition könnte dann tatsächlich über die für ein Amtsenthebungsverfahren nötige Zweidrittelmehrheit verfügen. Die große Oppositionspartei KMT unter ihrem neuen Chef Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu) zeigt sich aber nicht willens, sich kurzfristig auf eine derartige Serie von Unwägbarkeiten einzulassen, und zwar, wie Ma betonte, umso weniger, als das Verfahren die laufende Regierungs- und Gesetzgebungstätigkeit für längere Zeit vollends stillzulegen drohe. Daher sei das weitere Vorgehen zunächst sorgfältig zu prüfen. Zudem würde die Hälfte aller Abgeordneten vorzeitig ihr Mandat verlieren, da die Verkleinerung des Legislativ Yuan auf die Hälfte ab der nächsten Wahl bereits beschlossen wurde. Stattdessen setzt Ma einstweilen auf eine Unterschriftensammlung, mit der die Unterzeichnenden Präsident Chen auffordern zurückzutreten. Bis Ende Juni hatte die Petition 1,7 Mio. Unterstützer gefunden.

Bis Ende Juli änderte sich an der äußerlich abwartenden, im Grunde aber ablehnenden Einstellung der KMT zur Frage eines Misstrauensvotums nichts mehr, und es ist auch kaum damit zu rechnen, dass die Partei bzw. die Fraktion der KMT ihre Einschätzung noch revidieren wird. Sofern die

Korruptionsaffäre nicht noch weitere Überraschungen bereit hält, sodass der Präsident von sich aus zurücktritt, ist daher mit seinem Verbleiben im Amt bis zum regulären Ende seiner Amtsperiode im Mai 2008 zu rechnen.

Allerdings lässt sich kaum behaupten, dass Chen aus der Abstimmung über seine Amtsenthebung gestärkt hervorgegangen wäre. Nachdem er einen Teil seiner Aufgaben bereits Anfang Juni dem Ministerpräsidenten übertragen hatte (s. Dokumentation in diesem Heft) und seine Partei nur noch unter Druck von außen zu ihm hält, hat er kaum noch politische Gestaltungsmöglichkeiten. Zudem ist er durch die Korruptionsaffäre moralisch stark geschwächt. Allerdings hat auch KMT-Chef Ma im Zuge der Geschehnisse Federn lassen müssen: Nachdem er zunächst die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens abgelehnt hatte, dann unter dem Druck der Hardliner von der PFP und seiner eigenen Partei sich doch darauf eingelassen hatte und am Ende erwartungsgemäß – und wie von ihm gewiss vorhergesehen – gescheitert war, stand er gegenüber der Öffentlichkeit nicht mehr gut da: Seine Zustimmungswerte fielen auf unter 50% bzw. nach einer anderen Umfrage auf 51% – nach 58 und mehr Prozent im April. Tatsächlich lehnte die taiwanische Öffentlichkeit die Einleitung des Amtsenthebungsverfahrens überhaupt mit großer Mehrheit ab – trotz äußerst kritischer Einstellung gegenüber dem Präsidenten: Bei einer Umfrage unter 1.028 Erwachsenen unterstützten am 18.6. nur 23% der Befragten das Vorgehen der Opposition, 64% erklärten, es müssten

erst einmal handfeste Beweise gegen den Präsidenten vorgelegt werden.

Einen Gewinner allerdings gab es bei dem Geschehen: Ministerpräsident Su. Es ist zu erwarten, dass er seinen Machtzuwachs und sein auch bei der Opposition gestiegenes Ansehen dazu nutzen wird, seine liberalere Chinapolitik noch stärker zu profilieren. (WSJ, 23., 25., 27.6.06; SCMP, 25., 27., 28., 29. 6.06; TT, 21.6., 28.6., 1., 31.7.06; FAZ, 28.6.06; FT, 28.6.06; NZZ, 28.6.06; ST, 28.6.06)

Korruptionsaffären im Präsidentenumfeld: Stand der Dinge

Bei den Korruptionsskandalen, die Taiwan seit April – und zum Teil schon seit dem letzten Oktober – in Atem halten, lassen sich hinter einer Nebelwand oft unbewiesener Anschuldigungen und dagegen gerichteter Verleumdungsklagen sowie mit Gegenwürfen und Unterstellungen gespickter Verteidigungsaktionen der Regierungspartei drei Komplexe unterscheiden:

1. Die Affäre um den ehemaligen Präsidentenberater Chen Che-nan (Chen Zhenan – vgl. C.a., 6/2005, Ü 39, 3/2006, S. 156-158). Chen, der mit Präsident Chen Shui-bian nicht verwandt ist, sitzt weiterhin in Untersuchungshaft. Am 7. Juli wurde Anklage gegen ihn erhoben, und zwar wegen Vorteilsnahme und Insiderhandels. Sein Antrag, gegen Kaution freizukommen, wurde Mitte Juli vom Gericht abgelehnt. Die Staatsanwaltschaft erklärte, sie wolle auf 12 Jahre Gefängnis plädieren.

2. Die Affäre um Präsident Chens Schwiegersohn Chao Chien-ming (Zhao

Jianming). Auch hier geht es um Insiderhandel an der Aktienbörse. Chao kam am 25. Mai in Untersuchungshaft. Nachdem die Staatsanwaltschaft ihre Untersuchungen abgeschlossen hatte und am 10.7. Anklage gegen ihn erhoben worden war, kam er gegen eine Kaution von 10 Mio. NT\$ auf freiem Fuß, darf aber das Land nicht verlassen. Die Staatsanwaltschaft, die ankündigte, eine Haftstrafe von acht Jahren und eine Geldbuße in Höhe von 30 Mio. NT\$ zu beantragen, ging wegen der Freilassung in die Berufung. Das Gericht bestätigte die Freilassung zwar, setzte aber die Kaution auf 17 Mio. NT\$ herauf. Die Staatsanwaltschaft ging erneut in die Berufung, doch bestätigte das Gericht die zuvor getroffene Entscheidung. Mit Chao angeklagt sind sein Vater und zwei Geschäftsleute, die ebenfalls gegen Kaution auf freiem Fuß sind.

3. Die Affäre um Chen Shui-bians Frau Wu Shu-chen (Wu Shuzhen). Sie könnte am ehesten von den dreien den Präsidenten das Amt kosten. Denn nachdem er erklärt hatte, er werde zurücktreten, falls sich seine Frau etwas hätte zuschulden kommen lassen, konnte der Sachverhalt nicht nur nicht geklärt werden, sondern stellt sich im Gegenteil unübersichtlicher und widersprüchlicher dar als zuvor. Vor allem geht es hier um die Frage, woher Wu Geschenkgutscheine des Kaufhauses Sogo hatte und ob damit eine politische Hilfeleistung honoriert wurde. Zwar präsentierte das Präsidentenamt in einer Pressekonferenz am 24.6. Einkaufsbelege für Geschenkgutscheine diverser Taipeier Kaufhäuser, um zu zeigen, dass der Kauf solcher Gutscheine durch den Präsidenten nichts Ungewöhnliches ist, doch ist damit

wenig geklärt. Zwar ist kaum anzunehmen, dass diese Belege gefälscht waren, wie dies sogleich von Oppositionsseite unterstellt wurde. Aber der Kauf solcher Gutscheine schließt keineswegs aus, dass andere Gutscheine auf andere Weise und zum Zweck des Gunsterweises in die Hand der Präsidentenfamilie gelangten. Über den Gesamtwert dieser Gutscheine kursieren unterschiedliche Angaben; sie gehen in der Presse bis 8 Mio. NT\$. Alle diese Zahlen sind spekulativ, solange der Sachverhalt nicht geklärt ist. Um zu einer solchen Klärung beizutragen, begannen Revisoren Ende Juni die Belege und die Buchhaltung im Präsidentenbüro zu überprüfen. Kurz darauf hatte sich der Hausarzt der Präsidentenfamilie einem neunstündigen staatsanwaltlichen Verhör zu unterziehen, da er in dem mutmaßlichen Bestechungsskandal als Bevollmächtigter von Wu Shu-chen agiert haben soll. Im Zuge der weiteren Ermittlungen wird auch das Privatvermögen der Präsidentenfamilie unter die Lupe genommen. So mussten Chen Shui-bian und seine Frau dem Kontroll Yuan gegenüber ihre Bestände an Schmuck und Uhren offenlegen, sofern die einzelnen Stücke den Wert von 200.000 NT\$ übersteigen. Der Grund waren Anschuldigungen, wonach Wu von einem Wirtschaftsmagnaten wertvolle Armbanduhren als Geschenk erhalten haben soll. Am 9.7. wurde auch Wu Shu-chen für drei Stunden von der Staatsanwaltschaft verhört, freilich als Zeugin.

Was bei all dem herauskommen wird, ist zurzeit nicht abzusehen. Während sich die Affären 1 und 2 einer strafrechtlichen Klärung nähern und den Präsidenten nicht mehr unmittelbar zu tangieren scheinen, ist

dies bei der sich hinziehenden Affäre Nr. 3 nicht der Fall. Schon jetzt zeichnen sich unliebsame Weiterungen für Präsident Chen ab. So stellten die amtlichen Revisoren im Zuge ihrer Untersuchungen im Präsidentenamt fest, dass 77% des Präsidentenbudgets im vergangenen Jahr nicht den Vorschriften gemäß ausgegeben wurden und dass die Ausgaben zudem unzureichend belegt sind. Hier kommen nun zusätzliche Untersuchungen auf den Präsidenten zu, die zumindest in einem indirekten Bezug zu den ominösen Geschenkgutscheinen stehen. Das Präsidentenbüro wird daher bis auf Weiteres in erheblichem Maße mit sich selbst beschäftigt bleiben. (SCMP, 21.6., 1., 8., 10., 11.7.06; ST, 2., 21.6., 8., 11., 12., 29.7.06; TT, 23., 24., 29.6., 8., 15.7., 1.8.06; WSJ, 10.7.06)

Tauwetter zwischen Beijing und Taipei: Ausweitung des Flugverkehrs beschlossen

Kaum hatte Ministerpräsident Su Tseng-chang (Su Zhenchang) zum 1.6. von Präsident Chen einen Großteil von dessen bisherigen faktischen Kompetenzen übertragen bekommen (vgl. separate Dokumentation), gab er schon eine neue, liberalere Chinapolitik bekannt. Als Leitspruch gilt zwar weiterhin „Aktives Management, effektive Öffnung“ – den hatte Präsident Chen im Sinne einer restriktiveren Chinapolitik kreiert (vgl. C.a, 1/2006, S. 148) –, doch Su verbindet damit nun etwas anderes: Die Regierung wolle Taiwan China gegenüber so weit öffnen wie möglich. Joseph Wu (Wu Zhaoxie), Vorsitzender des Rats für Festlandsfragen (MAC) – Taiwans Chinaminis-

terium – erklärte zwar noch am selben Tag, der Machtverzicht des Präsidenten zugunsten des Premiers werde an der Chinapolitik nichts ändern, doch wenn er damit nicht lediglich den Linienwechsel gegenüber den Anhängern der Regierungspartei kaschieren wollte, mag man die behauptete Kontinuität der Linie auch anders verstehen. Tatsächlich zeigten sich ihre Anfänge schon im April.

Schon damals hatte die Regierung die zwei ersten Aktionsfelder bekannt gegeben, auf denen sie eine rasche Liberalisierung anstrebt: Taiwan möchte mehr VR-chinesische Touristen ins Land lassen, und der wechselseitige Flugverkehr soll ausgeweitet werden. Verhandlungen zwischen beiden Seiten über beide Punkte begannen dann nach dem Wirtschaftsforum, das die Kommunistische Partei Chinas und Taiwans Nationale Volkspartei KMT Mitte April in Beijing veranstaltet hatten (vgl. C.a., 3/2006, S. 160-162). Freilich finden diese Verhandlungen nicht auf Regierungsebene statt, sondern – zumindest auf taiwanischer Seite – durch von der Regierung beauftragte private Organisationen des Fremden- bzw. des Luftverkehrs.

Mitte Juni bereits und damit überraschend schnell konnte Su den ersten erfolgreichen Verhandlungsabschluss bekannt geben: Der Charterflugverkehr wird ausgeweitet. Beschlossen wurde Folgendes:

1. Taiwanische Firmen mit Investitionen auf dem Festland können auf besonderen Antrag Frachtflugzeuge für direkte Chinaflüge chartern, und zwar für Transporte zur Belieferung ihrer festländischen Fabriken, in Gegenrichtung nur zum Transport von Ausrüstung, nicht für ihre Produkte.

2. Es wird in Zukunft jährlich 168 Passagier-Charterflüge geben, jeweils hin und zurück, und zwar im Umfeld der vier großen chinesischen Feiertage: ab 14 Tagen vor Chinesisch-Neujahr bis 14 Tage danach sowie jeweils ab sieben Tagen vor bis sieben Tage nach dem Qingming-Fest, dem Drachenbootfest und dem Mittherbstfest. Wie bisher schon zum Neujahrsfest werden sechs taiwanische und sechs festländische Fluggesellschaften die Flüge durchführen. Auf taiwanischer Seite werden die Flughäfen von Taipei (Chiang Kai-shek Airport in Taoyuan) und von Kaohsiung angefliegen, auf festländischer Seite die Flughäfen von Beijing, Shanghai (Pudong), Guangzhou und Xiamen. Der Kreis der Berechtigten ist derselbe wie bei den Flügen rund um Neujahr dieses Jahres, demnach im Wesentlichen beschränkt auf die Mitarbeiter taiwanischer Firmen auf dem Festland und deren Angehörige.

3. In medizinischen Notfällen sind Direktflüge zum Transport von medizinischem Personal und medizinischer Ausrüstung zulässig.

4. Passagierflüge können fallweise aus humanitären Gründen (Katastrophen, Transport Behinderter) beantragt und durchgeführt werden.

Alle Flüge gehen weiterhin durch den Luftraum von Hongkong oder Macau. Auch im sonstigen Detail folgt das Übereinkommen dem Modell der Charterflüge vom Neujahr dieses Jahres (vollständiger englischer Wortlaut siehe www.mac.gov.tw/english/english/news/06058.htm) und gilt ab sofort. Der erste Frachtflug verließ Taiwan bereits einen Monat später, am 19.7., Richtung Shanghai.

Das Abkommen, dessen Zustandekommen gleichzeitig auch in Beijing bekannt gegeben wurde, stieß in Taiwan überwiegend auf Zustimmung. Die Oppositionsparteien kritisierten lediglich, man hätte mehr erreichen können. Tatsächlich allerdings dürfte das Abkommen nur eine Zwischenstation markieren. Die weitere Reduzierung der Restriktionen und die Ausweitung der Charterflüge beispielsweise auf alle Wochenenden dürften relativ rasch erreichbar sein.

Auch hinsichtlich der stärkeren Öffnung Taiwans für VR-chinesische Touristen laufen Verhandlungen. Zwar liegen noch keine Ergebnisse vor, das beiderseitige Interesse, hierin Fortschritte zu erzielen, lässt jedoch vermuten, dass eine Einigung recht bald erzielt werden kann. Aus KMT-Kreisen war vom Beginn des chinesischen Taiwan-Tourismus für Oktober die Rede; der Rat für Festlandsfragen, unter dessen Fittiche die Verhandlungen stattfinden, mochte sich jedoch naturgemäß nicht festlegen.

Festzuhalten ist, dass sich das Vorgehen erneut bewährt hat, die Verhandlungen im staatlichen Auftrag von Privatorganisationen durchführen und dann staatlich absegnen zu lassen. Dies zeigt ein Maß von Pragmatismus, das schon längst möglich gewesen wäre. (CNAT, nach BBC PF, 1.6.06; TT, 2., 15.6., 11., 20.7.06; *Taiwan Journal*, 24/2006, S. 1; IHT, 15.6.06; WSJ, 2., 14., 15.6., 18.7.06)

Freihandelsabkommen mit Nicaragua unterzeichnet

Am 16. Juni unterzeichnete Taiwan ein Freihandelsabkommen mit Nicaragua. Es ist das

dritte überhaupt – das erste wurde im August 2003 mit Panama geschlossen, das zweite im September 2005 mit Guatemala (vgl. C.a., 8/2003, Ü 31, 5/2005, Ü 48). Nach der Ratifizierung durch die jeweiligen Parlamente soll es Anfang 2007 in Kraft treten.

Nicaragua stand unter Taiwans Handelspartnern 2005 lediglich an 99. Stelle; das beiderseitige Handelsvolumen betrug 46,3 Mio. US\$, wobei sich der Wert der taiwanischen Einfuhren aus Nicaragua lediglich auf 6,6 Mio. US\$ belief. Das Abkommen intendiert offenbar, dieses Ungleichgewicht ein wenig zu lindern, denn während Nicaragua die zollfreie Einfuhr von 3.374 taiwanischen Warenkategorien erlauben wird, sollen es in der Gegenrichtung 5.797 Warenkategorien sein. Im ersten Fall entspricht dies gut der Hälfte, im zweiten Fall fast zwei Drittel aller Kategorien im bilateralen Handel. Innerhalb von 15 Jahren sollen diese Anteile auf 95,1% bzw. 97,3% steigen.

Wie schon im Falle Panamas und Guatemalas erhofft sich Taiwan auch mit diesem Freihandelsabkommen für seine Waren bessere Absatzchancen nicht nur im Partnerland selbst. Vielmehr können taiwanische Firmen, die in Nicaragua investiert haben, ihre Produkte im ganzen nordamerikanischen Markt absetzen, nachdem am 1.4. des Jahres entsprechende Abkommen mit Nicaragua in Kraft getreten sind.

Tatsächlich lässt das Beispiel Panamas eine starke Zunahme der bilateralen Handelsströme auch für Nicaragua erwarten. Im Falle Panamas legte das bilaterale Handelsvolumen im ersten Jahre nach In-Kraft-Treten der Zollbefreiung um mehr als 100% zu.

Wichtig ist für Taiwan auch die politische Dimension des Abkommens. Immer mehr seiner Alliierten liebäugeln mit einem Wechsel ihrer Loyalität zu Beijing. Durch eine stärkere Bindung zwischen den Volkswirtschaften wird bei den Verbündeten, so hofft man in Taipei, die Bereitschaft gestärkt, Taiwan auch diplomatisch die Treue zu halten. Entsprechend wird über weitere Freihandelsabkommen auch mit El Salvador und Honduras verhandelt; danach soll Costa Rica folgen. Die wahren Hoffnungen zielen freilich auf die wirklich potenten Handelspartner: Japan und USA. Die Aussichten, mit diesen Freihandelsabkommen abzuschließen, sind allerdings als sehr schlecht einzustufen. Von US-amerikanischer Seite wurden entsprechende Hoffnungen kürzlich expressis verbis gedämpft. (*Taiwan Journal*, 24/2006, S. 3; TT, 11., 17.6., 22.7.06; ST, 29.7.06)

Autobahntunnel nach Yilan eröffnet

Am 16. Juni gab Ministerpräsident Su Tseng-chang (Su Zhenchang) den Autoverkehr durch den 12,9 km langen Hsüehshan-(Xueshan-)Tunnel frei. Der Abschluss dieses gigantischen Projekts, das 15 Jahre Bauzeit erforderte und über 100 Mrd. NT\$ verschlang, bedeutet eine erhebliche Verbesserung für Taiwans Verkehrsinfrastruktur: Der Bau ist das Kernstück der neuen Chiang-Weishui-Autobahn, die von Taipeis östlichem Stadtbezirk Nankang (Nangang) ostwärts in den Norden des Kreises Yilan zur Küstenstadt Suao führt. Die Fahrzeit auf dieser Strecke verkürzt sich dank des Tun-

nels – und zehn weiterer, jedoch kürzerer im Verlauf der Strecke – auf ein Viertel: von bislang fast drei Stunden auf nunmehr 45 Minuten.

Der Hsüehshan-Tunnel gilt als der längste Kraftverkehrstunnel in Südostasien und als der fünft längste der Erde. Seine Konstrukteure hatten mit erheblichen geologischen Problemen zu kämpfen. Beim größten von insgesamt 71 – nach anderen Angaben sogar 98 – Einbrüchen wurde die komplette Tunnelbohrmaschine verschüttet. Im Verlauf der Arbeiten kamen 25 Arbeiter ums Leben.

Außer den zwei Hauptrohren mit je zwei Fahrbahnen gehört zu dem Tunnel noch eine dritte, kleinere Röhre, die ursprünglich als Pilotröhre gebohrt wurde und jetzt als Wartungs- und Rettungstunnel dient. (CNAT, nach BBC PF, 16.6.06; TT, 17., 22.6.06; *Taiwan Journal*, 23/2006, S. 2)

KMT auf Sparkurs

Die einst allbeherrschende Nationale Volkspartei schnallt den Gürtel enger. In den Jahren ihrer Einparteiendiktatur reich geworden, lebte sie nach dem Machtwechsel vor sechs Jahren weiterhin auf zu großem Fuß – und über ihre Verhältnisse. Jetzt waren zwei schmerzliche Einschnitte fällig:

1. Die Parteizeitung *Zhongyang Ribao* mit dem englischen Untertitel *Central Daily News* hat per 1.6. ihr Erscheinen eingestellt – nach 78 Jahren. 1928 in Shanghai gegründet, war sie die älteste kontinuierlich erscheinende Tageszeitung Chinas. Bis April dieses Jahres hatte sie freilich Verluste in Höhe von

800 Mio. NT\$ aufgehäuft, rund 20 Mio. Euro, Besserung war nicht in Sicht, und für die KMT ist solch ein Kostgänger nicht mehr finanzierbar. Generell verzeichnet Taiwan eine Überzahl von Zeitungen – großenteils Skandalblätter, deren Niveau unter der harten Konkurrenz mächtig leidet. Die *Central Daily News* konnte hier trotz einer Auflage von 100.000 nicht mithalten. Jetzt wird ein Käufer gesucht, doch selbst wenn die alte Redaktion das Blatt demnächst unter einem neuen Eigentümer neu auflegen sollte, wird es nicht mehr die alte KMT-Zeitung sein.

2. Die KMT hat ihr grandioses Hauptquartier verkauft und ihre Zentrale im Juni in bescheidenere Räumlichkeiten verlegt. Der 1995 errichtete zwölfstöckige Prunkbau verschlang an Unterhaltskosten das Fünffache von dem, was die Partei für ihre neuen Büros aufwenden muss – eine Ersparnis von 32 Mio. NT\$ (0,8 Mio. Euro) jährlich. Immerhin fand die KMT im März einen solventen Käufer: die Reederei Evergreen. Das Zentrum für Parteigeschichte wird allerdings weiterhin unter der alten Adresse residieren. KMT-Chef Ma Ying-jeou (Ma Ying-jiu), der den strikten Sparkurs eingeleitet hatte, forderte die Mitglieder auf, die derzeitige Not ohne Murren zu ertragen, damit die KMT dereinst wieder an die Macht komme. Außerdem möchte Ma die Partei von ihrem überkommenen Image befreien und die neue Bescheidenheit als Tugend erstrahlen lassen.

Wie viel Vermögen die KMT tatsächlich noch hat und vor allem, wie viel ihr von ihrem Vermögen rechtmäßig zusteht, ist nach wie vor umstritten. Ministerpräsident Su zufolge schuldet die KMT dem Staat noch mindestens 2,1 Mrd. NT\$ an unrecht-

mäßig angeeignetem, ursprünglichem Staatseigentum. (TT, 1., 9., 15.6., 8.7.06; SCMP, 1.6.06)

Neuer Finanzminister

Nach nur sechs Monaten im Amt trat Joseph Lyu (Lü Jucheng) am 30. Juni vom Amt des Finanzministers zurück. Sein Nachfolger wird der Finanzprofessor Ho Chih-chin (He Zhiqin). Für den Rücktritt Lyus, der offenbar auf Betreiben von Ministerpräsident Su Tseng-chang (Su Zhenchang) erfolgte, wurden in der Presse verschiedene Gründe angeführt. Zum einen wurde darauf verwiesen, dass er im Korruptionsskandal um den Schwiegersohn von Präsident Chen Shui-bian verhört worden war. Zwar betonte Lyu, in die Affäre nicht verwickelt zu sein, aber für Ministerpräsident Su ist es zweifellos besser, sein Kabinetteam in dieser Sache frei von jeglichem Verdacht zu wissen. Als weiterer Grund für Lyus Ausscheiden wurden Versäumnisse in der Amtsführung genannt. Als dritter Grund dürfte eine Rolle spielen, dass Lyu als Vertrauter des Präsidenten im Kabinett gilt und Su erkennbar bemüht ist, sich im Hinblick auf eine eigene spätere Präsidentschaftskandidatur von Chen Shui-bian abzugrenzen.

In den Reihen der DPP-Fraktion stieß die Personalentscheidung auf harsche Kritik, denn Su hatte seine Entscheidung mit niemandem abgestimmt. Sowohl die Entlassung Lyus als auch die Bestallung von Ho kamen für die Politiker der Regierungspartei völlig überraschend. Zudem war Ho Chih-chin außer in Fachkreisen bisher gänzlich unbekannt. Er war bis zur Annahme

dieses Rufs US-amerikanischer Staatsbürger und Leiter der Wirtschaftsfakultät der National Taiwan University. Zuvor wirkte er lange Jahre als Wirtschaftsfachmann in den Vereinigten Staaten. Ho gilt als Steuerexperte. Zwar hat er für die Regierung in Taipei bereits Steuerreformvorschläge ausgearbeitet, bekleidete aber noch nie einen politischen Posten. (ST, 1.7.06; SCMP, 1.7.06; TT, 3.7.06)

Taiwaner halten ihre Volksvertreter für korrupt

Dass die Bürger Taiwans nichts von ihren Volksvertretern halten, ist bekannt – und wenig verwunderlich angesichts der Tatsache, dass das bisherige Wahlsystem Kriminellen den Weg ins Parlament erheblich erleichterte und Wählerbestechung („Stimmenkauf“) begünstigte. Den Befund bestätigte eine Anfang Juni bekannt gewordene Umfrage, die das Justizministerium in Auftrag gegeben hatte und letztes Jahr von der Taiwansektion der in Berlin beheimateten Transparency International durchgeführt worden war. Demnach gelten die Abgeordneten als die zweitkorrupteste Gruppe unter allen Politikern und Staatsdienern, übertroffen an Bestechlichkeit nur noch von den Beamten, die den Sandabbau in Flussbetten regulieren. Als integerste Gruppe werden die Mitarbeiter staatlicher Krankenhäuser gewürdigt.

Auch mit den staatlichen Anstrengungen zur Bekämpfung von Korruption waren die meisten Befragten nicht zufrieden: 61% fanden sie unzureichend, 54% meinten, der

Staat sei zu lasch bei der Bekämpfung von Wählerbestechung.

Da die Umfrage stattfand, ehe die Skandale im Umfeld des Präsidenten bekannt wurden, darf man vermuten, dass das Urteil des Volkes über seine Diener heute noch um Etliches harscher ausfiel. Doch darf man vorsichtig optimistisch sein, zumindest in Bezug auf die Volksvertreter: Das neue Wahlsystem, das für jedes Direktmandat eine Stimmenmehrheit erfordert und zudem erheblich größere Wahlkreise nötig macht, wird zumindest den Stimmenkauf kaum mehr ermöglichen und dürfte sich insofern auf das Ansehen der Abgeordneten längerfristig günstig auswirken.

Hinsichtlich der staatlichen Bemühungen um Eindämmung der Korruption erscheint das Urteil des Volkes nicht ganz gerecht. Wie das Justizministerium Anfang Juli mitteilte, wurde in den letzten sechs Jahren (seit Juli 2000) in 3.241 Bestechungsfällen Anklage erhoben. 7.959 Beamte und Abgeordnete wurden vor Gericht gestellt, darunter 426 hochrangige und 1.466 in mittlerer Stellung. 28 Mrd. NT\$ an Bestechungsgeldern wurden konfisziert – umgerechnet 700 Mio. Euro, ein in der Tat erstaunlicher Betrag. Mit 3,3% der Angeklagten hatte das Ministerium für Transport und Kommunikation den höchsten Anteil an schmutzigen Staatsdienerwesten. (TT, 1.6., 6.7.06)

Kleiner Grenzverkehr erhält dritte Fährlinie

Zum 1.6.06 ging eine neue Fährlinie in Betrieb, die von der taiwanischen, dem Festland vorgelagerten Insel Kinmen (Jinmen,

Quemoy) nach Quanzhou führt und damit den seit 2001 bestehenden kleinen Grenzverkehr zwischen den festlandnahen taiwanischen Inseln – außer Kinmen noch Matsu nahe Fuzhou – einerseits und den jeweils gegenüber liegenden Metropolen der Provinz Fujian auf drei Schifffahrtslinien erweitert.

Der kleine Grenzverkehr setzt damit seine erfolgreiche Entwicklung fort. Nach 215.500 Passagieren im Jahr 2004 nutzten 2005 bereits 277.000 Personen diese Reisewege, darunter 19.000 vom Festland. Dank der Linie Kinmen-Quanzhou erhält der Grenzverkehr nun zusätzliche Dynamik. Der zugelassene Personenkreis ist allerdings auf Taiwaner und Festlandschinesen beschränkt. Ausländer können den kleinen Grenzverkehr nicht nutzen. (TT, 1.6.06; www.mac.gov.tw/big5/rpir/sumain.htm)

Parteien präsentieren ihre Kandidaten für die Bürgermeisterwahlen

Die zwei großen Parteien DPP und KMT stellten im Juni ihre Kandidaten für die Bürgermeisterämter von Taipei und Kaohsiung vor. In beiden Städten, die einen Sonderstatus haben, finden im Dezember Wahlen statt. Vor allem die Wahlen in Taipei genießen traditionell große Aufmerksamkeit. Für Präsident Chen Shui-bian war seine Amtszeit als Bürgermeister der Hauptstadt das Sprungbrett zur Staatsführung, und für den derzeitigen Bürgermeister Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu), der nicht wieder antritt, sondern sich auf die Parteiführung der KMT konzentrieren will, könnte es ebenso werden. Üblicherweise schicken die Parteien daher

auch Kandidaten ins Bürgermeisterrennen, die sich bereits landesweit einen Ruf erworben haben.

Ganz gewiss gilt dies für Frank Hsieh (Xie Changting), den früheren Bürgermeister von Kaohsiung, der von Februar 2005 bis Januar 2006 Ministerpräsident war. Er wird sich nun für die Regierungspartei DPP um das Bürgermeisteramt in Taipei bewerben. Während Hsieh die DPP geschlossen hinter sich sieht, kann sein Gegenspieler von der KMT, Hau Lung-bin (Hao Longbin) Ähnliches von sich nicht behaupten. Er setzte sich in den Vorwahlen zwar mit knapp 60% gegen den KMT-Abgeordneten Ting Shou-chung (Ding Shouzhong) durch, trifft in der KMT aber auf großen Widerstand. Ihm wird vorgeworfen, ein politisches Chamäleon zu sein. Schließlich trat er der KMT erst im Januar dieses Jahres bei. Zuvor war er Mitglied der dezidiert wiedervereinigungsorientierten Neuen Partei gewesen, zudem hatte er unter der DPP-Regierung die Umweltbehörde geleitet. Von daher ziehen viele KMT-Mitglieder seine Loyalität gegenüber der Parteilinie in Zweifel.

Hau hat außerdem damit zu kämpfen, dass aus dem „blauen“ Lager aus KMT und PFP noch ein zweiter, weitaus prominenterer Mann sein Interesse am Taipeier Bürgermeisteramt bekundet hat: James Soong (Song Chuyu). Soong, Vorsitzender der PFP, würde am liebsten als gemeinsamer Kandidat für beide Parteien ins Rennen gehen. Allerdings hat er als Politiker den Zenit seiner Laufbahn längst überschritten. Seiner PFP, zu einer Minipartei geschrumpft, laufen weiterhin die Mitglieder davon. Auch stehen er und der KMT-Vorsitzende Ma miteinander

nicht eben auf gutem Fuß. Dass die KMT willens sein könnte, ihren Kandidaten Hau trotz dessen unübersehbaren Schwächen zugunsten von Soong fallen zu lassen, ist daher kaum wahrscheinlich. Haus Chancen liegen vielmehr in der Schwäche der von Korruptionsaffären geschüttelten DPP. Es bleibt abzuwarten, ob es der Partei gelingt, sich bis zum Wahltag wieder einigermaßen reinzuwaschen. Allerdings hat Hau gegenüber Hsieh noch einen weiteren Vorteil: Für ihn wird der derzeitige Amtsinhaber Ma Wahlkampf machen, und Ma ist trotz zuletzt gesunkener Zustimmungswerte ein bewährtes Zugpferd.

In Kaohsiung wird die ehemalige Arbeitsministerin Chen Chu (Chen Ju) für die DPP antreten. In den Vorwahlen stimmten nahezu 80% der DPP-Mitglieder für sie; es gab keinen Gegenkandidaten. Die KMT schickt mit Huang Jun-ying einen früheren Vizebürgermeister der Stadt ins Rennen. Huang hatte bereits einmal für die KMT kandidiert, unterlag bei der Wahl allerdings Frank Hsieh. Die KMT musste in Kaohsiung zweimal Vorwahlen durchführen, da beim ersten Mal keiner der Kandidaten das erforderliche Minimum von 30% der Stimmen erreichte. Bei der zweiten Vorwahl hatte Huang nur einen Gegenkandidaten und konnte knapp zwei Drittel der Stimmen auf sich vereinigen. Kaohsiung gilt wie der ganze Süden traditionell als DPP-Hochburg. Der Vorsprung des „grünen“ Lagers war zuletzt allerdings bereits stark geschmolzen, sodass nach den Korruptionsskandalen, die im letzten Herbst von Kaohsiung ihren Ausgang nahmen, die KMT auch hier gute Chancen hat, einen Machtwechsel zu er-

reichen. (TT, 2., 3., 7., 16., 26.6.06; WSJ, 15.6.06; ST, 16.6.06)

Krisenparteitag der DPP

Inmitten der größten Krise seit ihrem Bestehen trat die regierende Demokratische Fortschrittspartei (DPP) am 22. Juli zu ihrem diesjährigen Parteitag zusammen. Er stand ganz unter dem Vorzeichen der Korruptionsaffären, die sich im engsten Umfeld des Präsidenten abspielen und so auch die DPP mit in ihren Strudel ziehen. Da im Juli auch aus Kreisen der DPP Rufe nach einem Rücktritt des Präsidenten laut wurden, drohten auf dem Parteitag zudem scharfe innerparteiliche Auseinandersetzungen.

Am Ende allerdings siegte der unbedingte Wunsch, zu innerparteilicher Einheit und Einigkeit zurückzufinden. Er äußerte sich in einer EntschlieÙung, die den diversen Fraktionen innerhalb der Partei praktisch jegliche Aktivität untersagt: Sie dürfen keine eigenen Büros mehr unterhalten, keine Treffen mehr veranstalten, keine eigenen Mitglieder werben, keine eigenen Beiträge kassieren oder Spenden für sich einwerben. Außerdem müssen alle Aktivisten in der Parteizentrale und in den örtlichen Parteisektionen explizit ihren Rückzug aus Parteifractionen erklären.

Nur wenige Stimmen sprachen sich gegen diese Resolution aus oder versuchten sie durch Gegenvorschläge zu verwässern. Das Erschrecken über den drohenden Fall der DPP ins politische Abseits wirkte offenbar Wunder, zudem hatte die Parteiführung unter Yu Shyi-kun (You Xikun) im Verein mit

Vizepräsidentin Annette Lü (Lü Xiulian) gute Vorarbeit geleistet.

Der Parteitag beschloss darüber hinaus verschärfte Sanktionen für korrupte Amtsinhaber samt deren Familienangehörigen. Wer in seinem engeren familiären Umfeld also nicht für Sauberkeit sorgt, dem droht in Zukunft der Verlust der Parteimitgliedschaft. Präsident Chen Shui-bian nahm am Parteitag übrigens nicht teil. (TT, 19., 24.7.06; CNAT, nach BBC PF, 21., 22., 23.7.06; SCMP, 23.7.06; FT, 24.7.06; ST, 24.7.06)